Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr., monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 196. Abendblatt. Sonnabend, den 27. April. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 26. April. Ein stehendes Thema der politischen Blätter bilden jetzt die Nachrichten über die angeblichen Vermittelungen der europäischen Großmächte zwischen Preußen und Frankreich. — Die „Nat.-Ztg." hat schon an einem Beispiel sehr treffend gezeigt, daß in der luxemburger Frage Preußen gegenüber von einer Vermittelung gar nicht die Rede sein kann, sondern höchstens von einer Pression zu Gunsten willkührlicher unberechtigter Forderungen, wenn es begründet wäre, daß irgend ein Staat die Exmission Preußens aus einer seit fünfzig Jahren vertragsmäßig besetzten Festung irgendwie unterstützen sollte. Die „National-Zeitung" sagt, wenn der Umstand, daß eine Festung als eine Bedrohung des Nachbarstaates erklärt wird, genügen sollte, um daraus einen Rechtstitel für die Exmission des berechtigten Besitzers herzuleiten oder für sonstige Entschädigungsforderungen, so werde ja jede Festung irgend einem Nachbarstaate das Recht zur Forderung der Räumung oder einer Entschädigung für den Besitz begründen; zu welchen Schlüssen würde man kommen, wenn man im Staatenleben eine solche Girardin'sche Deduktion, daß der Besitz einer Festung dem Nachbarstaate Ansprüche auf beliebig geforderte Zugeständnisse einräume, für richtig anerkennen und zur Grundlage von Vermittelungen machen wollte. Nächstes Jahr würde Frankreich natürlich in Mainz eine Bedrohung finden, Oesterreich in den schlesischen, und Rußland in den preußischen Festungen. Warum nicht, wenn das Prinzip einmal angenommen ist? Welche weitere Folgerungen könnten dann ferner noch gezogen werden, wenn man alle Rechte und Besitz-Verhältnisse bei deren Erwerbung der deutsche Bund irgendwie betheiligt war, nach Auflösung des Bundes in seiner alten Gestalt nunmehr in Frage stellen und für herrenloses Gut erklären wollte! Wenn die beliebige Forderung eines Staates an den andern genügen sollte, um die nicht direkt betheiligten Großmächte zu einer Vermittelung zu veranlassen, welche ohne Rücksicht auf das Recht des Fordernden oder Besitzers um des lieben Friedens willen etwa die Halbirung des Streitobjekts als prinzipielle Basis der Ausgleichung annähme, so wäre ja das sicherste Mittel gefunden, den beneideten Nachbar auf bequeme Weise zu Zugeständnissen zu zwingen; man fordert das Doppelte von dem, was man wünscht und die Vermittler sorgen dafür, daß das ungerechte Verlangen des Friedens wegen doch wenigstens zur Hälfte befriedigt wird. So ungefähr würde die Sachlage sein, wenn die vielfach gemeldeten Vermittelungsvorschläge der Großmächte, welche immer unter dieser oder jener Modifikation auf Zugeständnisse Preußens zu Gunsten Frankreichs hinauslaufen, begründet wären. In der That hat aber bis jetzt weder Frankreich an Preußen eine Forderung gestellt, noch hat letzteres Veranlassung gehabt, die Vermittelung der Großmächte anzurufen oder angebotene Vermittelung anzunehmen. Vermittelnde Mächte würden vorläufig keinen Gegenstand der Vermittelung haben und man kennt solche hier nicht. Die Großmächte haben bis jetzt Seitens Preußen nur Anregung erhalten, ihre Auffassung der Verträge von 1839 kund zu geben. Auch das Gerücht von einer identischen neuen Collektiv-Note der Großmächte, die hier eingegangen sein sollte, entbehrt, wie mir versichert wird, jeder Begründung und widerspräche der ganzen Situation. Trotz der Abneigung der englischen Blätter im Allgemeinen, durch Parteinahme für Preußen die französische Nation gegen sich zu erbittern, hat doch die „Times" erklärt, daß die Weigerung Preußens, die Festung zu räumen, keinen casus belli für Frankreich abgeben könne. — Der Landtag wird noch von Sr. Majestät dem König selbst eröffnet werden, wie man heute vernimmt. Wenn die „Pr.-Corr." die Eröffnung durch den Minister-Präsidenten in Aussicht gestellt hat, so ist wohl anzunehmen, daß diese Absicht bestanden hat und nachträglich andere Entschließung höchsten Orts gefaßt worden ist. Wie ich höre, ist auch der bereits korrigirt gewesene Entwurf zur Thronrede demgemäß nachträglich abgeändert worden. — Die Meldungen über Einziehung von Reservisten und Beurlaubten sollen irrthümlich durch die Rückkehr der immer in großer Zahl für die Festtage Beurlaubten in die betreffenden Garnisonen ihre Entstehung gefunden haben. Wenn Preußen Angesichts der französischen Rüstungen noch mit Rüstungsmaßregeln zurückhalten und dadurch dem Lande die großen Opfer der Rüstungen entweder ganz oder doch längere Zeit ersparen kann, so ist dies der sicherste Beweis der musterhaften Organisation unseres Heerwesens. Eine etwaige Ueberraschung wird trotzdem sicher nicht zu befürchten sein.

Berlin, 26. April. Der König der Belgier und der Graf und die Gräfin v. Flandern empfingen um 7 Uhr Abends in der Bildergallerie des hiesigen Schlosses das diplomatische Korps und im Rittersaale 2c. war darauf Cour, zu welcher die hier anwesenden fürstlichen Personen, die Generalität, die Minister, die Wirkl. Geheimen Räthe 2c. erschienen waren. Nach der Cour fand im Palais zu Ehren der belgischen Herrschaften im Weißen Saale Konzert statt und nach demselben war für die Königliche Familie, für die belgischen, hohenzollernschen Herrschaften und die übrigen hohen Gäste Souper von etwa 100 Gedecken in der neuen Gallerie; das Gefolge speiste in den braunschweigischen Kammern.

— Der König der Belgier und der Graf von Flandern erschienen am Vermählungsfeste mit der Kette zum Hohenzollern-Hausorden, welche der König den hohen Gästen zuvor durch den Flügel-Adjutanten Major Prinz Anton Radziwill übersandt hatte; die Gräfin von Flandern trug den Louisen-Orden. — Der Graf und die Gräfin von Flandern und die hohenzollernschen Herrschaften verlassen heute Vormittags 9 Uhr Berlin mittelst Extrazuges nach Düsseldorf; der König der Belgier tritt erst heut Abend die Rückreise nach Brüssel an.

— Die Wiener „N. Fr. Pr." betrachtet die beiderseitigen Chancen eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich und sagt: „Die Zeit ist vorüber, wo jede französische Laune die Welt mit Schrecken erfüllte und befriedigt wurde. Auf dem Wege des Fortschritts hat die übrige Welt und namentlich Deutschland eine größere Strecke zurückgelegt als Frankreich, und so wenig der Neffe das Genie des Onkels besitzt, so wenig passen die Erinnerungen an Marengo, Austerlitz, Jena und Wagram für heute. Heute giebt es etwas, das damals noch nicht existirte: ein deutsches Volk. 1813 regte dasselbe zum ersten Male seine Glieder und warf den ganzen französischen Kaiserschwindel im Sturmschritt über den Haufen. Heute ist die Kraft Deutschlands zum großen Theile wohlorganisirt, und es wäre ein Irrthum, zu glauben, daß ein noch so glänzender Sieg Frankreichs in einer ersten Schlacht zu einer Entscheidung führen werde. Eine einzige solche Katastrophe könnte allerdings Frankreich zum Frieden zwingen, Deutschland aber, davon sind wir überzeugt, würde sich nach der ersten verlorenen Schlacht dreifach stärker und gewaltiger erheben. Ueber die Folgen eines solchen Krieges urtheilt die „N. Fr. Pr." also: „Wie die Entscheidung ausfallen mag, für Deutschland und Frankreich wird dieser Krieg eine Läuterung sein. Der Cäsarismus, diese ekelhafte Verkuppelung des Despotismus mit der Revolution, diese Vergiftung und Korrumpirung jedes Freiheits- und Rechtsbegriffes zu Gunsten der Macht oder des Talentes Einzelner, wird zum Tod verwundet, wenn nicht als Leiche auf den Feldern liegen bleiben, wo Deutsch und Franzosen einander abschlachten werden."

— Aus Dresden geben zuverlässige Meldungen ein, welche eine günstige Wendung in der Stimmung auch derjenigen Kreise bekunden, welche seither noch eine gewisse Animosität zur Schau trugen; namentlich aber tritt in allen militärischen Kreisen Sachsens je länger, je mehr, der Geist einer aufrichtigen Gemeinschaft mit Preußen hervor. Auch die Nachrichten aus Süddeutschland lassen nicht den geringsten Zweifel darüber bestehen, daß die gegenwärtigen Zeitläufte in hohem Grade dazu beitragen, die Gefühle und Bestrebungen im Sinne wahrer deutscher Einheit zu fördern.

— Aus Jerusalem, 23. März, schreibt man der „A. A. Z.": Gestern begingen wir das Geburtsfest des Königs von Preußen in herzlicher Weise. Pastor Hoffmann (aus Berlin) hielt den Gottesdienst im Johanniter-Hospiz. Nachher fand allgemeine Beglückwünschung der Deutschen im preußischen Konsulat statt. In der Halle desselben war an diesem Tage zum ersten Male der neue Springbrunnen in Thätigkeit. Der Pascha fand sich Nachmittags zur Beglückwünschung ein. Die türkische Militärmusik spielte längere Zeit im Garten des Konsulats.

— Die Märkisch-Posener Eisenbahn-Gesellschaft wird im nächsten Monat ihre Bauten beginnen, und zwar zunächst auf der Strecke Guben-Krossen.

— Der von Australien kommende Dampfer „St. Vincent" ist brennend im Hafen von Plymouth eingelaufen. Sämmtliche Passagiere sind unverletzt.

— Das preußische Militärsystem mit den zu denselben gehörenden Einrichtungen beginnt bereits in den neuen Landestheilen einen wohlthätigen Einfluß auf die Hebung der Unterrichts-Anstalten auszuüben. Der Wunsch, den jungen Leuten die Gelegenheit zu verschaffen, sich für den einjährigen Freiwilligendienst auszubilden, steigert sichtlich überall den Eifer für die Verbesserung des Schulunterrichts und namentlich auch das Bemühen um die Begründung von Realschulen höherer Ordnung. Mit Befriedigung hat man hier auch bemerkt, daß das preußische System der Kavallerie-Bequartirung bei der Bevölkerung Hannovers sich lebhafter Anerkennung erfreut. Allerdings können die Vortheile, welche mit der Kasernirung im Vergleich gegen die früher in Hannover üblich gewesenen Natural-Bequartirung der Kavallerie verbunden sind, wohl nicht verkannt werden, denn während dieses System eine sehr ungleiche Vertheilung der Lasten mit sich brachte und daher zu vielfachen Klagen Veranlassung gab, werden durch das preußische System der Kasernirung die Lasten gleichmäßig vertheilt.

— Die Nachrichten aus Frankfurt a. M. über die Art und Weise der Auseinandersetzung zwischen dem Vermögen der Stadt und des früheren Staates Frankfurt, wobei die Kontributions-Angelegenheit wesentlich in Betracht gekommen, werden von unterrichteter Seite bestätigt. Es geht daraus hervor, daß die Regierung jede billige Rücksicht auf die berechtigten Forderungen der Stadt Frankfurt hat obwalten lassen.

— Die hannöversche Reaktion soll sehr thätig sein, da sie bei den von ihr erhofften Kriegsstürmen einen Aufstand in Hannover zu erregen gedenkt. Damit wird es in Zusammenhang gebracht, daß die engelgleiche Königin nicht von der Marienburg weicht. Wenn die Zeiten wirklich gefahrdrohend werden sollten, so wollen wir unsern Landsleuten an der Leine wünschen, daß sie verständig bleiben und nicht die Proklamirung des Standrechts nothwendig machen. Was die frühere Königin angeht, so würde beim Ausbruche des Krieges doch wohl die Galanterie preußischer Seits ein wenig bei Seite gesetzt werden müssen.

— Die Luft schwirrt von Tartaren-Nachrichten, so daß man sich heute lebhaft in die ähnlichen Tage des vorigen Jahres zurückversetzt fühlt, in die Zeit, da „der große Benedek" auf dem Marsche „nach Berlin" war. Die in Sensationsenten stets besonders fruchtbare „Indépendance" ist auch jetzt ihren Kolleginnen um mehr als eine Nasenlänge voraus, sie bringt folgende Mittheilung aus Paris: „Frankreich setzt drei Armeen in Bewegung: 200,000 M. unter dem Kaiser, Mac-Mahon und Bazaine marschiren direkt auf Berlin, eine andere Armee unter Canrobert soll am Oberrhein operiren und eine andere Armee unter General Paliaco an der Elbe ausgeschifft werden (warum nicht gleich am Humboldthafen?). 427,000 Mann mit 700 Geschützen und 320 der neuen tragbaren Kanonen sollen marschbereit sein. Italien stellt dem Kaiser 7 Panzerschiffe und 60,000 Mann." (B. B.-Z.)

— Wie das „Fremdenblatt" hört, haben mehrere bedeutende Kapitalisten, Namen von gutem Klang, die Absicht, analog den schon in Wien bestehenden Militär-Stiftungs-Lotterieen, ähnliche hierselbst zu gründen. Der aus den Lotterieen erzielte Gewinn soll als Fonds hülfsbedürftiger, im vorigen Kriege verwundeter Militärs dienen, welche eine jährliche, ihrem Range entsprechende Rate beziehen würden.

— Nachdem die Montirungs-Aenderungen bei der Armee Allerhöchst angeordnet worden, sind den verschiedenen Divisionen bereits Probestücke Behufs der Verwendung zugegangen. Die jetzigen Uniformstücke werden zuvor erst noch aufgebraucht. Auch die neuen, mit Leder überzogenen, an einer Schnur zu tragenden Feldflaschen sind ebenmäßig zur Versendung gelangt; später werden auch diese Flaschen allgemein in Gebrauch genommen. Zum Büreau der Landes-Triangulation im großen Generalstabe werden am 1. k. M. 36 Lieutenants aller Waffengattungen als Verwaltungs-Assistenten abkommandirt werden.

— Die „Z. C." schreibt: Obwohl es in der Absicht lag, den bevorstehenden Landtag im Allerhöchsten Auftrage durch den Herrn Minister-Präsidenten eröffnen zu lassen, haben sich doch des Königs Majestät jetzt dahin entschlossen, in eigener Person den Landtag zu eröffnen. Beiläufig mag hier bemerkt werden, daß der kommende Landtag allerdings berufen ist, der Bundes-Verfassung seine Zustimmung zu geben und die daraus resultirende Abänderung der preußischen Verfassung zu beschließen; im Einzelnen aber können diese Abänderungen noch nicht formulirt werden. Eine definitive Abänderung der einzelnen Artikel kann erst erfolgen, wenn die Bundes-Verfassung wirklich in das Leben getreten sein wird, was erst der Fall ist, wenn auch die übrigen 21 Landtage ihre Zustimmung gegeben und danach ein definitiver Abschluß erfolgt ist. Artikel 118 unserer Verfassung dürfte auf die gegenwärtige Situation maßgebend sein.

— Ueber die in der Presse wiederholten Klagen der Verzögerungen bei Beförderung telegraphischer Depeschen, läßt sich die „Nordd. Allg. Ztg." folgendermaßen aus: Als Abhülfe wurde eine Vermehrung der Telegraphendräthe und des Telegraphen-Personals empfohlen. Es fehlt aber weder an Telegraphendräthen noch an der erforderlichen Bedienung derselben. Bei alledem können Verhältnisse vorkommen, welche eine Verzögerung in der Beförderung hervorrufen. Solche Verhältnisse sind in der letzten Zeit mehrfach eingetreten. Zum Theil wurde durch den lebhaften telegraphischen Verkehr zwischen den Regierungen des norddeutschen Bundes die Beförderung der Privatdepeschen aufgehalten, da die der Staatsdepeschen bekanntlich stets den Vorzug hat. Dann aber wurden durch die großen Stürme der letzten Wochen oft lange Reihen von Telegraphenstangen umgeworfen und der telegraphische Verkehr vielfach unterbrochen. Durch die Ueberhäufung mit Staatsdepeschen traten für den Privatverkehr zuweilen Verspätungen um 3—4 Stunden ein, und zwar geschah dies vorzugsweise zu einer Zeit, wo die Börsen-Depeschen den Verkehr überhaupt lebhafter machen, die Verheerungen durch die Stürme aber führten oft eine Unterbrechung von 24 Stunden herbei, die sich manchmal auf denselben Linien kurz hinter einander wiederholte, da es öfter vorkam, daß der nächste Sturm wieder eine andere Reihe von Telegraphenstangen zwischen den Endpunkten der Linie umbrach.

— In einem hier schwebenden Prozesse haben die Aeltesten der Kaufmannschaft zu Berlin ihr Gutachten dahin abgegeben, daß allerdings auch in den Fällen, in denen Schlußscheine nicht ausgewechselt sind, nach der in Berlin herrschenden Handels-Usance die Rechte aus Zeitkäufen über alle öffentlichen einen Börsencours habenden Papiere, Staatspapiere und Eisenbahn-Aktien innerhalb einer Frist von 42 Tagen nach dem letzten Erfüllungstage durch gerichtliche Klage rechtshängig gemacht werden müssen, widrigenfalls alle Rechte aus diesen Zeitkäufen erlöschen.

Hannover, 25. April. Eine Eingabe der hannoverschen Reichstags-Abgeordneten an die Königliche Staatsregierung lautet nach der Z. f. N.:

Die gehorsamst unterzeichneten, der Provinz Hannover angehörenden Mitglieder des Reichstages fühlen sich gedrungen, der Königl. Regierung folgende Bitte vorzutragen: Behufs der Ueberleitung Hannovers in den preußischen Staatsverband werden wichtige und eingreifende Aenderungen der dortigen Gesetzgebung und Verwaltung erforderlich sein. Damit diese Aenderungen in der dem Interesse des preußischen Staates im Ganzen und der Provinz Hannover im Besonderen entsprechendsten Art erfolgen, halten die ehrerbietigst Unterzeichneten es für dringend wünschenswerth, daß darüber auch solche Männer gehört werden, welche die hannoverschen Verhältnisse aus eigener Erfahrung kennen und von dem Vertrauen ihrer Mitbürger getragen werden. Darin würde nach Ansicht der gehorsamst Unterzeichneten zugleich das wirksamste Mittel liegen, um den von ihnen tief beklagten, hin und wieder noch vorkommenden irrigen Auffassungen der jetzigen Sachlage und auf Beseitigung der bestehenden Zustände gerichteten Agitationen zu begegnen, welche nur geeignet sind, den Frieden des Landes zu stören und eine zweckmäßige Ueberleitung Hannovers an den preußischen Staatsverband zu erschweren. Die Unterzeichneten sind sich zwar wohl bewußt, daß sie in Beziehung auf diese Angelegenheit formell nicht befugt sind, als Vertreter Hannovers zu handeln; aber gestützt auf das Vertrauen, welches ihre Mitbürger ihnen durch die Wahl in den Reichstag bewiesen haben, und beseelt von dem Wunsche, nach Kräften zu einer allen Interessen entsprechenden gedeihlichen Lösung der vorliegenden Aufgabe beizutragen, glauben sie der hohen Königlichen Regierung die ehrerbietige Bitte vortragen zu dürfen: Dieselbe wolle vor Erlassung der auf die Verhältnisse der Provinz Hannover und deren Ueberleitung in den preußischen Staatsverband bezüglichen Anordnungen das Gutachten einer größeren Anzahl von Vertrauensmännern aus der Provinz

Hannover hören. Berlin, den 17. April 1867. Unterzeichnet: R. v. Bennigsen. J. Brons. Eichholz. Ellissen. Erxleben. A. Grumbrecht. W. Frhr. v. Hammerstein. E. v. Hammerstein. H. König (J. A.). J. Miquel. G. Planck. H. Römer. v. Rössing. Schepler. A. Weber. Windthorst. H. Zachariae. A. v. Münchhausen (J. A.).

Wie man aus den Unterschriften sieht, hat von allen 19 Abgeordneten nur v. Bothmer sich ausgeschlossen. Gleich ihm war zwar auch v. Münchhausen bereits aus Berlin abgereist, als die Eingabe beschlossen wurde; aber Letzterer hat zur Unterzeichnung seines Namens auf telegraphische Anfrage seine Zustimmung gegeben. Im Auftrage der Unterzeichner hat v. Bennigsen das Aktenstück, da Graf Bismarck unmittelbar nach dem Schlusse der Sitzungen sich aufs Land begeben hatte, am 20. d. Mts. an den Minister des Innern, Grafen Eulenburg, überreicht.

Osnabrück, 22. April. Eine anonyme Denunziation wegen preußenfeindlicher Gesinnung, welche gegen zwölf ältere Beamte und Anwälte hierselbst in Berlin angebracht ist, macht Aufsehen und beunruhigt die Gemüther. Es soll in derselben empfohlen sein, die bezeichneten Personen entweder in die alten Provinzen oder in den Ruhestand zu versetzen. Die Königliche Staatsregierung hat das Schriftstück an den kommissarischen Landdrosten, Hrn. Wunderlich, gesandt; dieser hat die Betheiligten zu sich eingeladen und wie man erzählt, offene und gerade Mittheilung gemacht. Jene drangen auf strenge Untersuchung der Sache und dieselbe ist zugesichert.

Dresden, 25. April. Das Eintreffen zahlreicher Rekruten hat die Besorgniß vor einer Ueberfüllung unserer Stadt mit Militär abermals rege gemacht; dem gegenüber ist die „Const. Ztg." in der Lage, versichern zu können, daß die preußische Regierung es an einer milden Auslegung des bestehenden militärischen Vertrags-Verhältnisses mit unserem Lande nicht fehlen läßt und deshalb die Abberufung der hiesigen preußischen Besatzung noch vor dem 1. Juli in Aussicht genommen hat. Das hier garnisonirende Dragoner-Regiment wird gleich den Ulanen in Großenhain schon im Mai in seine alten Standquartiere zurückkehren und die Infanterie wird nach und nach folgen. Neuerdings ist es sogar, dem genannten Blatte zufolge, zweifelhaft geworden, ob Leipzig und Bautzen über den Oktober hinaus ihre preußische Besatzung behalten.

Ausland.

Paris, 25. April. Peyrat, Chef-Redakteur des „Avenir national", wurde heute wegen Verbreitung falscher (auf französischer Kriegsrüstungen bezüglicher) Nachrichten zu 100 Frcs. Geldbuße verurtheilt. Er hatte bekanntlich Mittheilungen über die Rüstungen in den östlichen Departements gebracht.

— Man beurtheilt die Stimmung in Frankreich falsch, wenn man annimmt, die ganze Opposition sei in dem jetzigen Konflikte mit Deutschland höchlich erbaut von der Sprache der „Liberté", der „France", des „Avenir", der „Patrie" und des „Pays". Während Girardin und Granier de Cassagnac die Spitzen des Chauvinismus bilden, tritt der „Temps" jetzt ganz entschieden gegen die Kriegshetzerei auf; auch die „Débats" führen eine würdige Sprache, und die „Gazette de France" verspottet geradezu Girardin's Kampfgeschrei: „Alles durch den Krieg!" Sie sagt: „Herr v. Girardin, welcher vor sechs Monaten glaubte, der Krieg sei ein allgemeines Unglück und werde die Civilisation zurückdrängen, und welcher sagte, daß die Kanonen, die gegen den Rhein gingen, unter ihren Rädern unsere Freiheiten zermalmen würden, Herr v. Girardin behauptet heute, daß „unsere einzige Hoffuung, zu Freiheiten zu gelangen, im Kriege liegt." Der „Temps" vergleicht Frankreich und Deutschland mit zwei Menschen, die sich für einen an und für sich ganz nichtigen Gegenstand duelliren wollen, und meint, daß bei einigermaßen kaltblütiger Ueberlegung ein solches Duell doch gar nicht möglich sein dürfte. „Wenn wir" — fügt noch der „Temps" hinzu — „kein Prinzip zu vertheidigen haben, bleibt uns dann ein Interesse zu verfolgen? Gilt es, das einige Deutschland zu zerstören und diese große Agglomeration zu zerstückeln, welche das Rundschreiben des Herrn v. Lavalette uns bewundern lehrte? Aber alle Welt fühlt, wie sehr dies chimärisch ist. Sicherlich kann man der Vorliebe für die deutsche Einheit, wie sie der preußische Militarismus geschaffen hat, minder verdächtig sein, als wir; wir haben seit lange mit Beharrlichkeit gezeigt, wie wenig es die Rolle der französischen Politik war, die Errichtung eines neuen Cäsarismus zu begünstigen. Heutzutage ist es aber zu spät; eine jede äußere Drohung könnte nur dazu beitragen, die Kohäsion der deutschen Bevölkerungen zu vergrößern und die Bemühungen der übrig gebliebenen Dissidenten zu ersticken; sie würde die Wirkung des elektrischen Funkens haben, der die chemische Verbindung von Elementen, die im höchsten Grade heterogen sind, hervorzurufen vermag. In Ermangelung eines Prinzips oder eines Interesses beruft man sich auf den Ehrenpunkt, und reizt, so sehr als nur immer möglich ist, die nationale Empfindlichkeit." Der „Temps" macht nun darauf aufmerksam, daß die zum Kriege aufreizenden Blätter bei früheren Gelegenheiten ganz anders gesprochen hätten. „Und", fährt der „Temps" dann fort, beim gegenwärtigen Zustande unserer Industrie, unseres Handels, unseres Kredits sieht man Publizisten, welche Krieg wegen eines Gebietes von 200,000 Einwohnern beantragen, ohne zu fürchten, ob dieser Krieg sich nicht über ganz Europa verbreiten wird und dessen erstes Resultat sein muß, wenigstens eine Milliarde zu kosten und vielleicht eine Million Menschen, und das Land vielleicht für ein halbes Jahrhundert lang zu ruiniren. Wäre es nicht an der Zeit, daß die öffentliche Meinung in Frankreich zeige, daß, wenn sie nichts vergessen hat, sie etwas gelernt habe, und daß sie nicht gesonnen ist, ihr Geschick an die falschen Schritte irgend eines unbekannten Diplomaten zu knüpfen?"

— Ein nicht zu übersehendes und schwer wiegendes Motiv für die Bewahrung des Friedens — schreibt man der „N. Z." — ist die bisher geringe Kriegsbereitschaft Frankreichs. Was auch hierüber geschrieben worden sein mag, so hat Marschall Niel, dessen Vorsicht und Behutsamkeit bekannt sind, in seinem vor drei Wochen dem Kaiser unterbreitetn Berichte vier Monat verlangt, um das französische Heer seiner numerischen Stärke entsprechend vollkommen ausrüsten und theilweise mit Hinterladungsgewehren bewaffnen zu können.

⊙ **Aus Polen,** 22. April. Durch die Recherchen, welche seit drei Monaten in Bezug auf die Grenzzölle von außerordentlichen Revisoren angestrengt worden, hat sich herausgestellt, daß die wirkliche Versteuerung der erwiesen eingeführten Waaren im Durchschnitt nur von $\frac{3}{10}$ erfolgt ist, also Sieben Zehntheile der Waaren mit Umgehung der Steuer zum Nachtheil der Staatskasse eingebracht worden sind. So sind z. B., um blos von einem einzigen Artikel und einem Grenz-Uebergangspunkte zu sprechen, allein in Kalisch im Jahre 1861 — wie sich annähernd hat ermitteln lassen — über 18,600 Flaschen Champagner bestimmt abgesetzt worden. Da die notirten Bestände nicht ab-, sondern eher zugenommen, so ist die angeführte Summe doch im Laufe des Jahres — jedenfalls noch mehr als diese — eingeführt worden. Nun sind aber im selben Zeitraum nur 3250 Flaschen direkt versteuert worden, und bleiben sonach, wenn wir die ermittelte Konsumtion von 18,600 Flaschen festhalten, noch mehr als 15,000 Flaschen, die auf indirekte Weise über die Grenze an die Händler gelangt sind. Die Steuer für eine Flasche Champagner beträgt 90 Kop. (1 Thlr.) und sind sonach, gering gerechnet, gegen 16,000 Thlr. dem Staatsseckel entzogen, wovon der Konsument nichts hat, sondern nur der Händler, dem, wenn er auch $\frac{1}{3}$ auf Bestechung der Beamten oder Schmuggelgeld rechnet, doch immer ein hübsches Theil in der Hand bleibt. Wenn der Staat — wir wollen nur bei dem Besprechen des einen Artikels bleiben — statt 1 Thlr. pr. Flasche nur $\frac{1}{3}$, also 30 Kop. oder 10 Sgr. Eingangssteuer erhöbe, so würde der geringe Gewinn im Verhältniß zu dem Risiko den Schmuggel nicht reizen, die direkte Steuer würde nicht umgangen werden und hätte in dem eben angeführten Falle das Grenzamt Szczypiorno für 18,600 Flaschen Champagner 6200 Thaler mindestens eingenommen, wo es jetzt nur 3800 Thlr. wirklich eingenommen hat. In demselben Zeitraum sind, wir wollen dies hier noch zufügen, für Baumwollenwaaren 1132 Rubel Eingangssteuer gezahlt worden; der Erlös für die den Schmugglern abgejagten und billig verauktionirten Baumwollenwaaren betrug durch dieselbe Zeit 5893 Rubel. Diese konfiszirten Waaren sind vielleicht der zehnte Theil der eingeschmuggelten, und hätte die Steuerkasse dafür gegen 10,000 Rubel einnehmen müssen, hat aber nur 1132, also fast 9000 Rubel weniger eingenommen. Die Steuerkasse hat also erwiesen an zwei Artikeln allein — Champagner und Baumwollenzeuge — in einem Jahre und an einem einzigen Grenzamte statt 32,000 nur etwa 4000 Rubel eingenommen, also $\frac{7}{8}$ der Steuer verloren. Bei einem Drittheil des jetzigen Einfuhrzolles, wo die Waaren nicht eingeschmuggelt, sondern jedenfalls direkt eingeführt worden wären, hätte sie mindestens 11,000 Rubel für dasselbe Waarenquantum, also $\frac{2}{3}$ mehr eingenommen als jetzt und hätte außerdem noch an dem dann weniger für Beamtete zu verausgabenden Gehalt viel Geld erspart. — Wenn solche redende Thatsachen nicht überzeugen und die russische Regierung nicht zu andern Prinzipien in Bezug auf die Grenzsperre und hohen Zolltarif veranlassen, so ist jeder Wink und gute Rath verloren und wir bleiben beim Alten. Die Konsumenten ausländischer Artikel werden nach wie vor zum Vortheil untreuer Beamteten und gewissenloser Schmuggel-Hehler ausgebeutet.

Pommern.

Stettin, 27. April. Vorgestern entstand in der Scheune der Wittwe Lindemann zu Brunn Feuer, welches dies Gebäude total in Asche legte. Ein daneben stehender Stall wurde ebenfalls vom Feuer ergriffen und theilweise beschädigt.

— In der Nähe des Krüger'schen Holzhofes im Dunzig wurde gestern Abend eine unbekannte männliche Leiche gefunden und nach dem Krankenhause geschafft. Bei derselben fand man ein Portemonnaie mit 3 Thlr. 23 Sgr. Inhalt vor.

— In der Nacht zum 26. d. Mts. wurde bei dem Pastor Knittel zu Frauendorf ein Einbruch verübt. Die bisher nicht ermittelten Diebe haben eine Fensterscheibe der Studierstube des Herrn K. eingedrückt, alsdann die innere Lade geöffnet, sind so in das Zimmer eingestiegen und haben aus einem muthmaßlich mittelst Nachschlüssel geöffneten Schreibsekretär circa 28 Thaler in verschiedenen Münzsorten, außerdem ein Paar Stiefel entwendet.

— Am 1. Juni feiert das Kürassier-Regiment Königin (pommersches) Nr. 2 zu Pasewalk sein 150jähriges Stiftungsfest; das Kommando ersucht alle Offiziere, Aerzte und Militär-Beamte, die in dem Regimente gestanden haben, ihre Adressen umgehend einzusenden, damit denselben eine Einladung mit Festprogramm zugesandt werden könne.

— Nach einer Anordnung des Handelsministers treten in der Dienstkleidung der Postillone insofern Veränderungen ein, als die bisherige Reitjacke durch einen kurzen Dienstrock von dunkelblauem Tuche, mit stehendem orangefarbenen, vorn abgerundeten Kragen ersetzt wird. An Stelle der Schärpe tritt ein orangefarbener Leibgurt mit herabhängenden Quasten und die weißledernen Beinkleider und die hohen steifen Stiefel werden künftig nicht beim Fahren vom Bock, sondern nur bei solchem Fuhrwerk, bei welchem die Kleidung der Postillone in Galla-Montirung geboten ist, und welches vom Sattel gefahren wird, angelegt.

— Das Ober-Kommando der Marine in Berlin hat folgende Bekanntmachung erlassen:

Um den vielfachen beim Ober-Kommando der Marine eingehenden, die Anmeldung junger Leute zum Eintritt in die Königliche Marine betreffenden Anfragen, deren einzelne Beantwortung die Masse der hier zu erledigenden Arbeiten fortan nicht mehr gestattet, sowie dem Uebelstande, daß vorgedachte Anmeldungen häufig entweder kurz vor Beginn der Eintrittsprüfung, oder auch schon so früh erfolgen, daß ein bestimmter Bescheid erst nach Ablauf längerer Zeit erfolgen kann, zu begegnen, wird hiermit Folgendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht: 1) Die Anmeldung junger Leute zum Eintritt in die Königliche Marine hat in der Zeit zwischen dem 1. August und 1. September beim Ober-Kommando der Marine zu erfolgen. 2) Der Bescheid über Annahme oder Nichtannahme der Angemeldeten erfolgt bis zum 1. Oktober. 3) Den Anmeldungen sind sämmtliche im §. 2 der Allerhöchsten Verordnung vom 16. Juni 1864 vorgeschriebenen Personalpapiere beizufügen. 4) Das sub 5 des vorgedachten Paragraphen vorgeschriebene ärztliche Attest hat sich ganz bestimmt über die darin zu erwähnenden Punkte auszusprechen. 5) Zur Ertheilung eines Dispenses von der im §. 3 der gedachten Verordnung bezüglich des für die Ablegung der Eintrittsprüfung höchsten zulässigen Lebensalters enthaltenen Bestimmung ist das Ober-Kommando der Marine nicht ermächtigt. 6) Die Eintrittsprüfung findet nur einmal im Jahre, und zwar im April jeden Jahres, statt. 7) Die Verordnung übrr die Ergänzung des Offizierskorps der Königlichen Flotte vom 16. Juni 1864 kann durch die Verlagsbuchhandlung von Julius Sittenfeld zu Berlin, oder gegen Einsendung des Betrages von $7\frac{1}{2}$ Sgr. durch die Registratur des Ober-Kommandos der Marine bezogen werden.

— Ein hiesiger Kaufmann verlor gestern auf dem Wege vom Bohlwerk bis zur Speicherstraße 15 Thlr. in zwei Kassenanweisungen á 5 und 10 Thlr. und zeigte seinen Verlust in einem öffentlichen Blatte an. In Folge dessen lieferte ein kleines Mädchen heute früh den gefundenen Fünfthalerschein an den Verlierer ab; der Zehnthalerschein soll nach Aussage mehrerer Kinder von einem Knaben gefunden sein, der indessen den Fund beharrlich in Abrede stellt.

— Der Schiffskapitän W. hierselbst, welcher sich vor mehreren Tagen bei einem Kollegen zum Besuche befand, entwendete demselben aus seiner Brieftasche, die frei im Zimmer auf dem Tische lag, eine Fünfzigthaler-Banknote. Er hat den Diebstahl polizeilich eingeräumt und von der entwendeten Summe auch bereits 25 Thlr. zurückerstattet.

Stargard. Am 23. d. M., Abends gegen 9 Uhr, wurden auf dem Wege vom Torfmoor drei anständig gekleidete Leute von zwei Männern angefallen und durch Messerstiche erheblich verwundet; selbige befinden sich in ärztlicher Behandlung. Wie wir hören, soll die hiesige Polizei schon auf die Spur der Thäter sein und der Königlichen Staatsanwalschaft Anzeige gemacht haben.

Rügenwalde, 25. April. In der Nacht zum 2. Osterfeiertage sind dem Zimmermeister St. bei dessen Abwesenheit ca. 110 Thlr. vermittelst Einbruchs und Einsteigens entwendet worden. Als muthmaßlicher Dieb ist der schon wiederholt wegen Diebstahls mit Zuchthaus bestrafte Bäcker R. von hier verhaftet; doch streitet er beharrlich, auch ist das Geld bis jetzt nicht vorgefunden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 26. April. (Tel. Dep. d. Wes.-Ztg.) In hiesigen politischen Kreisen wird in Folge der veränderten Haltung Frankreichs die Situation als eine weniger gespannte bezeichnet. Die preußische Diplomatie habe die Aufrechthaltung des status quo nicht als unumgänglich betont. Man nimmt an, Preußen werde eine Lösung der Luxemburgischen Frage nicht ablehnen, welche an Stelle des preußischen Besatzungsrechtes eine unter europäischem Schutze stehende Garantie für die Sicherheit der deutschen Grenzen und der Nationalität Luxemburgs setzen würde.

Berlin, 26. April. (Telegr. Dep. der Köln. Ztg.) Es bestätigt sich, daß die Nachrichten aus Süddeutschland günstiger lauten, als vor einiger Zeit. In Stuttgart ist ein Umschwung für Preußen eingetreten, der auf die anderen Staaten zurückwirkt. Zwischen Baiern und Frankreich besteht noch die durch die Augustverträge hervorgerufene Spannung. Die gegenwärtige Haltung der süddeutschen Regierungen soll in Paris nicht ohne Eindruck geblieben sein.

Bremen, 26. April, Abends. (Privatdepesche der Berliner Börsenzeitung.) Ein Telegramm der Weserzeitung sagt: In Folge der veränderten Haltung Frankreichs sei die Situation weniger gespannt, man nehme in diplomatischen Kreisen an, daß Preußen eine Lösung acceptiren werde, welche anstatt des Besatzungsrechtes in Luxemburg Garantieen für Deutschlands Sicherheit und Luxemburgs Nationalität unter dem Schutze Europas setze.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Wien, 27. April. Die Morgenblätter melden, auf Grund „guter Information": Nachdem Belgien den österreichischen, schon vor den Vermittelungsversuchen formulirten Vorschlag der Annektirung Luxemburgs abgelehnt, und Napoleon den durch den Vertrag mit Holland gewissermaßen schon erworbenen Rechten entsagt hat, tritt wieder in Wirksamkeit Oesterreichs allererster Vorschlag der Neutralisirung Luxemburgs nebst Räumung und Schleifung der Festung.

Börsen-Berichte.

Stettin, 27. April. Witterung: trübe. Temperatur + 9° R. Wind: NO.

An der Börse.

Weizen animirt und steigend bezahlt, loco pr. 85pfd. gelber u. weißb. 89—97 Rt. bez., feiner schwerer Camminer 100 Rt. bez., geringer 83 bis 88 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 95—96 Rt. bez., Mai-Juni $90\frac{1}{2}$, 92 Rt. bez. u. Br., Juni-Juli $89\frac{1}{2}$ Rt. Br., 89 Gd., Juli-August 88 Rt. Br., September-Oktober 81 Rt. Br. u. Gd.

Roggen steigend bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco $58\frac{1}{2}$—61 Rt. bez., Frühjahr $58\frac{5}{8}$, $59\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Br., Mai-Juni 58, $58\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br., Juni-Juli 58, $58\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br., Juli-August 57 Rt. Gd., September-Oktober 54 Rt. Br. u. Gd.

Gerste, schlesische 70pfd. Frühjahr 49 Rt. bez. u. Gd.

Hafer 47—50pfd. Frühjahr 34 Rt. Br.

Rüböl behauptet, loco 11 Rt. Br., April-Mai $10\frac{2}{3}$ Rt. Gd., $\frac{5}{6}$ Br., September-Oktober $11\frac{1}{3}$ Rt. Gd.

Spiritus höher bezahlt, loco ohne Faß $16\frac{7}{12}$, $\frac{2}{3}$ Rt. bez., Frühjahr $16\frac{7}{12}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni do., Juni-Juli $16\frac{3}{4}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Juli-August 17 Rt. bez. u. Br.

Angemeldet: 50 Wspl. Weizen, 40,000 Qrt. Spiritus.

Landmarkt.

Weizen 88—96 Rt., Roggen 55—60 Rt., Gerste 45—48 Rt., Erbsen 55—60 Rt. per 25 Schffl., Hafer 30—34 Rt. per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 6—8 Rt., Heu pr. Ctr. 20 Sgr. bis 1 Rt.

Hamburg, 26. April. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco ruhig. Weizen pr. April 5400 Pfd. netto 161 Bankothaler Br., 160 Gd., pr. Frühjahr 159 Br., 158 Gd. Roggen pr. April 5000 Pfd. Brutto 103 Br., 102 Gd., pr. Frühjahr 103 Br., 102 Gd. Hafer fest, unverändert. Oel besser, loco $23\frac{3}{4}$, pr. Mai $23\frac{3}{4}$, pr. Oktober $25\frac{1}{4}$. Spiritus ohne Kauflust, $22\frac{1}{2}$. — Wetter veränderlich.

Amsterdam, 26. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen pr. Mai 1 Fl. niedriger, per Oktober 2 Fl. höher. Raps pr. April 69, pr. Oktober 71. Rüböl per Mai 37, per Oktober-Dezember 39.